

Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik

Herausgegeben von
NILS GOLDSCHMIDT und
MICHAEL WOHLGEMUTH

Walter Eucken Institut

*Untersuchungen zur Ordnungstheorie
und Ordnungspolitik*

50

Mohr Siebeck

Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik

50

Herausgegeben vom
Walter Eucken Institut



Grundtexte zur
Freiburger Tradition
der Ordnungsökonomik

Herausgegeben von
Nils Goldschmidt
und
Michael Wohlgemuth

Mohr Siebeck

Nils Goldschmidt, geboren 1970; Studium der Volkswirtschaftslehre und Katholischen Theologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; 2001 Promotion zum Dr. rer. pol.; Forschungsreferent am Walter Eucken Institut in Freiburg.

Michael Wohlgemuth, geboren 1965; Studium der Volkswirtschaftslehre an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; 1999 Promotion zum Dr. rer. pol.; 2007 Habilitation; geschäftsführender Forschungsreferent am Walter Eucken Institut in Freiburg.

e-ISBN PDF 978-3-16-151476-0

ISBN 978-3-16-148297-7

ISSN 0083-7113 (Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2008 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

Vorwort

Auch 70 Jahre nach ihrer Entstehung ist die „Freiburger Schule“ in wirtschaftspolitischen Diskussionen ein fester Bezugspunkt. Angesprochen ist dabei zumeist die Rolle, die sie bei der Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft und für das „Wirtschaftswunder“ nach dem Zweiten Weltkrieg spielte. Doch so häufig auch ihre historische Bedeutung benannt wird, so selten findet sich ein klares Verständnis der reichen wissenschaftlichen Tradition und ergiebigen Hinterlassenschaft der Freiburger Ideen. Wofür steht diese „Schule“? Worin liegt ihre unveränderte Relevanz? Welchen Beitrag kann sie für aktuelle wirtschaftspolitische Debatten und die allfälligen Reformen heute noch leisten?

Derlei Fragen haben uns bewogen, die „Grundtexte der Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik“ zusammenzustellen. Schließlich existiert bislang kein Referenzband, der die klassischen und neueren Texte dieser Tradition zusammenführt und durch kommentierende Einführungen auch Nichtexperten und Studierenden zugänglich macht.

So werden in diesem Band Originalbeiträge von insgesamt 26 Autoren veröffentlicht. Ihren Bezug zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik – gegliedert in die ursprüngliche Forschungs- und Lehrgemeinschaft, verwandte Denkansätze und die Freiburger Lehrstuhltradition – skizziert unser nachfolgender, einleitender Beitrag. Die Einführungen zu den einzelnen Originalbeiträgen bestehen aus einer kurzen Biographie der Autoren, einem Überblick über deren Werk sowie einem hinführenden Kommentar zu dem im Anschluß daran abgedruckten Originaltext. Diese Einführungen schließen mit bibliographischen Angaben zu den wesentlichen Veröffentlichungen des vorgestellten Autors und mit einer Übersicht über die wichtigsten Schriften der Sekundärliteratur. Verweise hierauf sind im Einführungstext in Kurzzitation angegeben, darüber hinausgehende Literaturverweise werden im Fußnotenapparat vollständig angeführt.

Alle Originalbeiträge wurden für diesen Band neu erfaßt und einheitlich formatiert, offensichtliche Schreibfehler wurden korrigiert. In den Texten zitierte Quellen wurden überprüft, fehlende Angaben wurden ergänzt. Bei längeren Originaltexten waren gelegentlich Auslassungen nötig, die durch „[...]“ gekennzeichnet sind. Der bibliographische Nachweis zu den Originalbeiträgen findet sich auf Seite 753. Aus Gründen der Einheitlichkeit folgen alle Beiträge der „alten“ Rechtschreibung.

Wir danken den Verlagen und Personen, die uns ohne weiteres den Wiederabdruck der für diesen Band ausgewählten Texte gestattet haben. Walter Oswalt haben wir zu danken für die Genehmigung des Wiederabdrucks der

Texte von Walter Eucken, Franz Böhm und Alexander Rüstow, ohne die keine „Grundtexte der Freiburger Tradition“ denkbar gewesen wären. Wir respektierten deshalb den Wunsch von Walter Oswalt, die Texte seines Großvaters eigens und ausführlich zu interpretieren.

Für ihre finanzielle Unterstützung, die es ermöglicht, diesen Band zu attraktiven Konditionen auch preiselastischen Nachfragern anbieten zu können, danken wir dem „Förderkreis Freiburger Schule e.V.“, der „Friedrich August von Hayek Gesellschaft“ und dem „Verein der Freiburger Wirtschaftswissenschaftler e.V.“ sehr herzlich. Wendula Gräfin v. Klinckowstroem gilt unser besonderer Dank für die umfangreiche und geduldige editorische Mitarbeit, von der sorgfältigen Redaktion der Manuskripte über die Auswahl der Portraitbilder und die Erstellung des Sachregisters bis hin zur Schlußredaktion. Inga Fuchs-Goldschmidt danken wir für die kritische Durchsicht der Beiträge, Sandra Bodemer für die elektronische Erfassung der Originaltexte, Melanie Koppe und Anna-Katharina Alex für die Erstellung des Personenregisters.

Vor allen aber sind wir den Autoren der Einführungen und ihrer Bereitschaft, ihr Wissen um die Freiburger Tradition in knappe und verständliche Form zu fassen, zu Dank verpflichtet. Heinz Lampert und Reinhold Veit verstarben, bevor das Manuskript gedruckt war. Ihrem Gedächtnis und ihrem Engagement für den Ordoliberalismus sei dieser Band gewidmet.

Freiburg i.Br., Dezember 2007 *Nils Goldschmidt und Michael Wohlgemuth*

Inhalt

Vorwort	V
---------------	---

NILS GOLDSCHMIDT und MICHAEL WOHLGEMUTH

Entstehung und Vermächtnis der Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik	1
---	---

Das Freiburger Programm

FRANZ BÖHM, WALTER EUCKEN und HANS GROBMANN-DOERTH

<i>Einführung von Nils Goldschmidt und Michael Wohlgemuth</i>	21
Unsere Aufgabe [1936]	27

Die Vertreter der Freiburger Forschungs- und Lehrgemeinschaft

FRANZ BÖHM

<i>Einführung von Viktor J. Vanberg</i>	43
Das Problem der privaten Macht. Ein Beitrag zur Monopolfrage [1928]	49

HANS GROBMANN-DOERTH

<i>Einführung von Alexander Hollerbach</i>	71
Selbstgeschaffenes Recht der Wirtschaft und staatliches Recht [1933]	77

CONSTANTIN V. DIETZE, WALTER EUCKEN und ADOLF LAMPE

<i>Einführung von Nils Goldschmidt</i>	91
Wirtschafts- und Sozialordnung [1943]	99

WALTER EUCKEN

<i>Einführung von Walter Oswalt</i>	119
<i>Offene Fragen zur Rezeption der Freiburger Schule von Walter Oswalt</i>	127
Über die zweifache wirtschaftspolitische Aufgabe der Nationalökonomie [1947]	133

LEONHARD MIKSCH	
<i>Einführung von Nils Goldschmidt</i>	155
Versuch eines liberalen Programms [1949]	163
KARL FRIEDRICH MAIER	
<i>Einführung von Reinhold Veit</i>	173
Das Verlangen nach sozialer Sicherheit [1950]	179
WALTER EUCKEN	
<i>Einführung von Nils Goldschmidt</i>	191
Die Politik der Wettbewerbsordnung – Die konstituierenden Prinzipien [1952]	197
FRITZ W. MEYER	
<i>Einführung von Hans Willgerodt</i>	223
Entwicklungshilfe und Wirtschaftsordnung [1960/61]	229
K. PAUL HENSEL	
<i>Einführung von Alfred Schüller</i>	249
Grundgesetz – Wirtschaftsordnungen. Eine ordnungstheoretische Studie [1963]	255
FRIEDRICH A. LUTZ	
<i>Einführung von Harald Hagemann</i>	273
Verstehen und Verständigung in der Wirtschaftswissenschaft [1967]	279
FRANZ BÖHM	
<i>Einführung von Viktor J. Vanberg</i>	297
Freiheit und Ordnung in der Marktwirtschaft [1971]	299
HANS OTTO LENEL	
<i>Einführung von Karen Ilse Horn</i>	315
Bemerkungen zur ordnungspolitischen Diskussion in den letzten vier Jahrzehnten [1980]	323

Verwandte Denkansätze

HANS GESTRICH	
<i>Einführung von Gerold Blümle</i>	347
Liberalismus als Wirtschaftsmethode [1930]	355

BERNHARD PFISTER	
<i>Einführung von Heinz Lampert</i>	371
Grundlagen und Voraussetzungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus [1947]	379
EDITH EUCKEN-ERDSIEK	
<i>Einführung von Wendula Gräfin v. Klinckowstroem</i>	397
Chaos und Stagnation [1948]	405
ALEXANDER RÜSTOW	
<i>Einführung von Joachim Starbatty</i>	417
Zwischen Kapitalismus und Kommunismus [1949]	423
ALFRED MÜLLER-ARMACK	
<i>Einführung von Christian Watrin</i>	451
Stil und Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft [1952]	457
WILHELM RÖPKE	
<i>Einführung von Helge Peukert</i>	469
Wirtschaftssystem und Internationale Ordnung [1954]	475
LUDWIG ERHARD	
<i>Einführung von Patricia Commun</i>	497
Wirtschaftsminister, nicht Interessenvertreter [1957]	505
JOSEPH HÖFFNER	
<i>Einführung von Ursula Nothelle-Wildfeuer</i>	525
Die Funktionen des Privateigentums in der freien Welt [1957]	533
ERICH PREISER	
<i>Einführung von Detlef J. Blesgen</i>	547
Die Lebensbedingungen der freien Marktwirtschaft [1957]	553
ERICH WELTER	
<i>Einführung von Werner Mussler</i>	567
Ziele der Wirtschaftspolitik [1957]	573
OTTO SCHLECHT	
<i>Einführung von Reinhold Veit</i>	587
Soziale Marktwirtschaft: Rezept und Lebenselixier für ganz Europa [1990]	593

Die Freiburger Lehrstuhltradition

FRIEDRICH A. VON HAYEK

<i>Einführung von Michael Wohlgemuth</i>	615
„Freie Wirtschaft“ und Wettbewerbsordnung [1947]	625
Wirtschaft, Wissenschaft und Politik [1962]	637

ERICH HOPPMANN

<i>Einführung von Wernhard Möschel</i>	655
Wettbewerb als Norm der Wettbewerbspolitik [1967]	659

MANFRED E. STREIT

<i>Einführung von Michael Wohlgemuth</i>	677
Das Wettbewerbskonzept der Ordnungstheorie [1992]	683

VIKTOR J. VANBERG

<i>Einführung von Nils Goldschmidt und Michael Wohlgemuth</i>	699
Konstitutionenökonomische Überlegungen zum Konzept der Wettbewerbsfreiheit [2001]	707

Nachwort

VIKTOR J. VANBERG

Das Forschungsprogramm der Ordnungsökonomik	735
---	-----

Bibliographischer Nachweis	753
----------------------------------	-----

Bildnachweis	757
--------------------	-----

Personenregister	759
------------------------	-----

Sachregister	767
--------------------	-----

Autorenverzeichnis	779
--------------------------	-----

NILS GOLDSCHMIDT
MICHAEL WOHLGEMUTH

Entstehung und Vermächtnis der Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik*

1. Das Grundanliegen der Ordnungsökonomik

Im Jahr 1932 veröffentlichte Walter Eucken, seit 1927 Professor für Nationalökonomie an der Freiburger Albert-Ludwigs-Universität, einen Beitrag mit dem Titel „Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus“. Angesichts einer „Politisierung der Wirtschaft“¹ ruft Eucken dazu auf, das Verhältnis von Staat und Wirtschaft grundlegend neu zu bedenken. Der Staat sei mehr und mehr zum Spielball wirtschaftlicher Interessen geworden. Dies resultiert zum einem aus dem Bestreben einzelner, durch staatliche Intervention eine bessere Position am Markt zu erhalten, zum anderen aus dem Verlangen, gegen die Auswirkungen des Marktes durch Staatseingriffe geschützt und materiell abgesichert zu werden. Mit dieser Tendenz zum „interventionistischen Wirtschaftsstaat“, so Eucken, werde aber das Ideal des klassischen Liberalismus – ein freier, durch das Preissystem koordinierter Wettbewerb – pervertiert. „Gerade durch die Politisierung der Preisbildung wurde der Produktions- und Verteilungsprozeß von Zufälligkeiten politischer Machtgruppen abhängig, und insofern ist die Wirtschaftsordnung anarchisch geworden.“² Eucken fordert deshalb eine staatlich-gesellschaftliche Ordnung, ohne die der Kapitalismus „weder seine starken Kräfte entfalten noch überhaupt funktionieren kann“³.

Mit diesen Überlegungen zu einer notwendigen *Ordnung der Wirtschaft* umschreibt Eucken eindringlich das, was zum *Grundanliegen der Ordnungsökonomik*⁴ werden sollte: Gegen einen schwachen, von Interessengruppen ab-

* Joachim Zweynert gilt unser Dank für hilfreiche Anmerkungen zu einer früheren Fassung des Textes.

¹ Eucken (1932: 303).

² Eucken (1932: 309).

³ Eucken (1932: 314).

⁴ Der Begriff *Ordnungsökonomik* steht für die moderne Fortführung des Ansatzes der Freiburger Tradition und umfaßt die Teilbereiche *Ordnungstheorie* und *Ordnungspolitik* (Streit 1997). Unter *Freiburger Schule* werden wir lediglich die Forschungs- und Lehrgemeinschaft an der Universität Freiburg in den 1930er und 40er Jahren um Walter Eucken, Franz Böhm und Hans Großmann-Doerth fassen. Dies entspricht einem originären *Ordoliberalismus i.e.S.* Davon kann man in theoriegeschichtlicher Perspektive einen *Ordoliberalismus*

hängigen Staat geht es um die Suche nach einer gefestigten Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur, die nicht einzelnen Gruppeninteressen dient, sondern Garant ist für eine allen Mitgliedern der Gesellschaft dienliche Wirtschaftsordnung, die der Freiheit jedes einzelnen und seiner Würde verpflichtet ist. Ziel ist also eine „funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung der Wirtschaft, der Gesellschaft, des Rechtes und des Staates“⁵, wie Eucken es einige Jahre später in seinen „Grundlagen der Nationalökonomie“ formulieren sollte. Mit einem solchen „starken Staat“ ist ganz eindeutig kein *totaler* Staat gemeint, der mehr und mehr in die Lebensbereiche seiner Bürger eingreift und sie zu lenken sucht.⁶ Vielmehr geht es der Ordnungsökonomik um einen *wirkmächtigen* Staat, der die Wirtschaft klaren und allgemeinen Ordnungsregeln unterwirft, um so vor allem die soziale Funktion des Wettbewerbs als Prozeß dezentraler Koordination unter gleichberechtigten privatautONOMEN Akteuren zu sichern.

Mit dieser Forderung nach einem starken Staat, der den Interessen der Konsumenten zu dienen hat, stand Eucken in jenen Jahren keineswegs allein. Im gleichen Jahr 1932 formulierte Alexander Rüstow auf dem Treffen des Vereins für Socialpolitik in Dresden ähnliche Gedanken. Rüstow, mit dem Eucken zeitlebens freundschaftlich verbunden war, faßt das Ziel eines *neuen Liberalismus*⁷ folgendermaßen:

i.w.S. unterscheiden, der – in Abgrenzung zum von Machtgruppen diskreditierten „laissez-faire“ Liberalismus – ebenfalls die Notwendigkeit von Grundprinzipien zur Errichtung einer ebenso gerechten wie stabilen (wettbewerbsvernichtenden Tendenzen entgegenwirkenden) Wettbewerbsordnung betont und gewisse regulierende Eingriffe akzeptiert. Dieser Strömung können dann auch z.B. Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke, Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard zugerechnet werden. Darüber hinaus kann man Vertreter einer *Freiburger Lehrstuhltradition* benennen, die sich wie Eucken – wenn auch mit je unterschiedlicher Einschätzung – mit Fragen der „Wirtschaftsverfassung“ auseinandersetzen. Hierzu zählen Friedrich A. von Hayek, Erich Hoppmann, Manfred E. Streit und Viktor Vanberg. Siehe zum Ganzen Goldschmidt (2002: 17) und die dort angegebene Literatur.

⁵ Eucken (1940/1989: 239).

⁶ Ein Vorwurf, der sich fälschlicherweise bis heute gegenüber der Ordnungsökonomik hartnäckig hält. Siehe z.B. Haselbach (1991) und Ptak (2004), dagegen Goldschmidt (2005). Eucken (1932: 319 u. 323) schreibt: „[Die Planwirtschaftler] sehen nicht, wie ein Staat, der mit einem so fein gegliederten Gebilde, wie es die moderne Volkswirtschaft ist, verwächst, die Freiheit seiner Bewegung und seiner Willensbildung einbüßt und damit der Gefahr der Auflösung verfällt. Der totale Wirtschaftsstaat würde ein schwacher Staat sein. ... Still-schweigend wird meist ein allmächtiger und allwissender Staat als vorhanden angenommen.“

⁷ Alexander Rüstow war später, genauso wie Wilhelm Röpke, Teilnehmer am so genannten „Colloque Walter Lippmann“, das 1938 in Paris stattfand und bei dem der Begriff „Neoliberalismus“ geprägt wurde, wie er sich hier bereits im Begriff eines „neuen Liberalismus“ andeutet. Die während des Colloque Lippmann geforderte Neubestimmung des Liberalismus zielte vor allem darauf, daß sich die Handlungsfreiheit auf Märkten nur dann tatsächlich zum Wohle der Menschen auswirkt, wenn für den Wettbewerb klare politische Regeln gesetzt werden. So schreibt Röpke später, daß das Neue des Neoliberalismus darin liege, „das Vertrauen auf die Freiheit der Märkte und die Einsicht, daß diese Freiheit einer umfassenden Politik bedarf“, miteinander zu verbinden (Röpke 1950: 142). Die heutige Kritik am Neoliberalismus

„Der neue Liberalismus jedenfalls, der heute vertretbar ist, und den ich mit meinen Freunden vertrete, fordert einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessenten, da, wo er hingehört.“⁸

Auch Wilhelm Röpke, mit Rüstow und Eucken der dritte wichtige *theoretische* Ideengeber für die spätere Soziale Marktwirtschaft, wandte sich schon früh gegen einen „schattenhaften Staat“⁹, der gegenüber den Sonderinteressen einzelner Gruppen einknickte: „Wer sollte denn sonst heute noch Hüter des von allen Seiten unterhöhlten Staatsgedankens sein, wenn nicht – so absurd es klingt – der Liberale?“¹⁰

Die Forderung von Eucken, Rüstow und Röpke nach einem neuen, an der Ordnung der Wirtschaft durch die sichtbare, aber nicht von Sonderinteressen gelenkte Hand des Rechts ausgerichteten Liberalismus reflektierte auch die wirtschaftlichen Turbulenzen der Weimarer Republik. Die Unfähigkeit des Staates, Kartelle zu verhindern und die Wirtschaft einem fairen Leistungswettbewerb auszusetzen, stellte die ökonomische Theorie vor die Herausforderung, die Aufgaben der Wirtschaftspolitik neu zu bedenken.¹¹ Mit dem Tod von Gustav von Schmoller im Jahr 1917 und dem damit eingeläuteten Ende der sogenannten Historischen Schule wurde diese Notwendigkeit noch drängender. Denn es wurde immer deutlicher, daß mittels einer ökonomischen Wissenschaft, die sich mehr dem Sammeln von historischen Fakten als ihrer theoretischen Durchdringung widmete, kaum Konzepte für eine „funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung“ gewonnen werden konnten.

2. Die Entstehung der Freiburger Schule

Der Gedanke, das „Spiel“¹² der marktwirtschaftlichen Kräfte einem Rechtsrahmen und neutralen Schiedsrichtern zu unterwerfen, um so das Entstehen von wirtschaftlichen Machtpositionen zu verhindern und die positiven Eigenschaften des Wettbewerbs zu nutzen, wurde an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg schon bald zur Leitidee für ein eigenes Forschungsprogramm. Es ist dabei vor allem der Zusammenarbeit von Walter Eucken mit zwei Kollegen aus der Rechtswissenschaft zu verdanken,

lismus erkennt, daß die Neoliberalen selbst bereits eine politische Ordnung für den Wettbewerb gefordert haben.

⁸ Rüstow (1932/1963: 258).

⁹ Röpke (1923/1959: 44).

¹⁰ Röpke (1923/1959: 46).

¹¹ Unter den jungen Ökonomen jener Jahre wuchs – auch aufgrund der damaligen drängenden wirtschaftspolitischen Probleme – allgemein die Überzeugung, daß eine Renaissance einer theoretisch fundierten Ökonomik unabdingbar sei; siehe Janssen (2000: 26 ff.).

¹² Zum Spiel als Metapher für das Wirtschaftsgeschehen in der ordnungsökonomischen Tradition siehe Vanberg (2007: 135 ff.). Auch bei Götz Briefs, dem Vorgänger Euckens auf dem Freiburger Lehrstuhl findet sich – wenn auch mit anderer Akzentuierung – das Konzept der Spielregel; siehe Goldschmidt (2006).

daß die Freiburger Schule sich zu einer eigenständigen und Disziplinen-übergreifenden Denkrichtung entwickeln konnte. Ohne zunächst einander näher bekannt zu sein, beschäftigten sich Walter Eucken und die Juristen Franz Böhm und Hans Großmann-Doerth am selben Ort mit der gleichen Frage. Franz Böhm hat dies im Rückblick wie folgt beschrieben:

„Die Frage, die uns gemeinsam beschäftigte, war ... die Frage nach der privaten Macht in einer freien Gesellschaft. Sie führt notwendig weiter zu der Frage, wie eine Ordnung der freien Wirtschaft beschaffen ist. Von da gelangt man zu der Frage, welche Typen und Möglichkeiten es überhaupt gibt, welche Rolle in ihnen jeweils die Macht spielt, und zwar sowohl die Macht der Regierung als auch die Macht von Privatpersonen und privaten Gruppen, und welche Ordnungsstörungen auftreten, wenn sich innerhalb des Staates und der Gesellschaft eine andere Machtverteilung herausbildet, als diejenige, die dem jeweiligen Wirtschaftssystem ordnungskonform ist.“¹³

In seiner Habilitationsschrift „Wettbewerb und Monopolkampf“ von 1933 brachte Franz Böhm bereits einiges von dem zum Ausdruck, was später ein Grundzug der Freiburger Schule werden sollte: „Es handelt sich sozusagen um den Versuch, das Lehrgebäude der klassischen Wirtschaftsphilosophie aus der Sprache der Nationalökonomie in die Sprache der Rechtswissenschaft zu übersetzen.“¹⁴ Hiermit eröffnete Böhm die Debatte um die „Interdependenz der Ordnungen“, die notwendige Verknüpfung von ökonomischen und staats- wie privatrechtlichen Wettbewerbs- und Ordnungsfragen.

Hans Großmann-Doerth wiederum setzte sich in seiner Freiburger Antrittsvorlesung 1933 mit der Problematik „Selbstgeschaffenes Recht der Wirtschaft und staatliches Recht“ auseinander.¹⁵ Der Jurist fordert dort unter anderem eine staatliche Kontrolle der allgemeinen Geschäftsbedingungen, um so dem problematischen Nebeneinander staatlicher und privater Rechtsordnungen ein Ende zu setzen.

Die eigentliche Gründung der Freiburger Schule manifestiert sich in der gemeinsam von Eucken, Böhm und Großmann-Doerth ab 1936 herausgegebenen Schriftenreihe „Ordnung der Wirtschaft“.¹⁶ Im Vorwort, mit „Unsere Aufgabe“ überschrieben, betonen die Herausgeber, daß die „Wirtschaftsverfassung als eine Gesamtentscheidung über die Ordnung des nationalen Wirtschaftslebens zu verstehen“ und somit „die Rechtsordnung als Wirtschaftsverfassung zu begreifen und zu formen“¹⁷ sei. Böhms Abhandlung „Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche und rechtsschöpferische Leistung“, der erste Band dieser Schriftenreihe, war für die Entwicklung des Ordoliberalismus von fundamentaler Bedeutung. Böhm formuliert hier einen Kerngedanken der Freiburger: „Denn auch das Recht der freien Marktwirtschaft anerkennt die

¹³ Böhm (1957: 99).

¹⁴ Böhm (1933: IX).

¹⁵ Der Text der Antrittsvorlesung ist in Auszügen in diesem Band abgedruckt, S. 77 ff.

¹⁶ Zur Chronologie der Schriftenreihe siehe unsere Einführung hierzu auf S. 22, Fn. 2.

¹⁷ Böhm, Eucken und Grossmann-Doerth (1936: XIX).

Freiheit nur im Rahmen der Ordnung. Bei einem Konflikt zwischen Freiheit und Ordnung kommt dem Gesichtspunkt der Ordnung unbedingter Vorrang zu.“¹⁸

Die Kerngruppe – Böhm, Eucken, und Großmann-Doerth – wurde bald um einen weiten Arbeitskreis von Schülern und Kollegen erweitert, der es erlaubt, von einer „Schule“ zu sprechen. Hierzu zählen insbesondere die Eucken-Schüler K. Paul Hensel, Hans Otto Lenel, Friedrich A. Lutz, Karl Friedrich Maier, Fritz W. Meyer und Leonhard Miksch sowie Bernhard Pfister.¹⁹

Die Entstehungsphase des Ordoliberalismus fiel zeitlich mit dem Aufstieg der nationalsozialistischen Diktatur zusammen. Schon früh zeigte sich der fundamentale Widerspruch zwischen den Mitgliedern der Freiburger Schule (insbesondere Walter Eucken und Franz Böhm) und der nationalsozialistischen Ideologie, die gerade in Freiburg mit dem damaligen Rektor der Universität, Martin Heidegger, eine prominente Führungsfigur gefunden hatte. Eucken war unter dem Rektorat Heidegger ein führender Sprecher der Opposition im Senat und nahm auch in der Fakultät den Gegenpart zu regimetreuen Mitgliedern ein. Euckens Vorlesungen jener Jahre waren zugleich ein Treffpunkt regimekritischer Zeitgenossen. Eine institutionalisierte Form erhielt der Widerstand einiger Mitglieder der Freiburger Schule gegen das NS-Regime in ihrer Mitarbeit in den drei sogenannten Freiburger Kreisen.²⁰ Ohne an dieser Stelle²¹ auf die einzelnen Kreise eingehen zu können, sei darauf verwiesen, daß nicht zuletzt der Verlust der Freiheit in Universität und Gesellschaft in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur dazu beigetragen haben wird, daß sich das ordoliberalere Programm mehr und mehr zu einem „Programm der Freiheit“²² entwickelte.

3. Ordoliberalismus und „Soziale Marktwirtschaft“

Dieses Freiburger Programm der Freiheit wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem wesentlichen Grundstein der Sozialen Marktwirtschaft.²³ Den Versuch, die Marktwirtschaft und die soziale Dimension des marktlichen Wettbewerbs den Bürgern vertraut zu machen²⁴ und in praktische Politik umzuset-

¹⁸ Böhm (1937: 101 f.).

¹⁹ Auf rechtswissenschaftlicher Seite wird die Tradition des Ordnungsdenkens im Sinne Franz Böhms insbesondere durch Ernst-Joachim Mestmäcker, Wernhard Möschel und Ulrich Immenga fortgesetzt.

²⁰ Siehe hierzu die Beiträge in Goldschmidt (Hg.) (2005).

²¹ Eine Einführung zu den Freiburger Kreisen findet sich in diesem Band auf S. 92 ff.

²² Eucken (1952/2004: 370).

²³ Nach Ende des Zweiten Weltkriegs konnten Eucken und Böhm unter anderem als Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats Einfluß auf die Liberalisierungspolitik Erhards nehmen. Euckens Schüler Miksch war zeitweilig Mitarbeiter Erhards.

²⁴ Die Bedeutung der öffentlichen Ansprachen und der Pressearbeit von Erhard und anderen Ordoliberalen in jenen Jahren sollte für die Durchsetzung des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft nicht unterschätzt werden; siehe z.B. Riedl (1992). Eine wichtige Rolle

zen, unternahm vor allem Ludwig Erhard als Direktor der Wirtschaftsverwaltung der Bizone und als späterer Bundeswirtschaftsminister. Erhard, der die Schriften Euckens wohl erst nach dem Krieg studierte²⁵, sah rückblickend im Ordoliberalismus „eine Theorie, die die Zeichen der Zeit richtig zu deuten wußte“²⁶ und eine Konzeption, die für ihn selbst zum „dogmatischen Bezugspunkt“²⁷ werden konnte. Gleichwohl Erhard die Ideen der Freiburger mit einem gewissen politischen Pragmatismus verband, ist das Grundanliegen identisch: Es geht um die Etablierung von Markt und Wettbewerb als *Mittel* zur Erreichung gesellschaftlicher *Zwecke*. Dieses Grundanliegen teilte auch Alfred Müller-Armack, der nach dem Krieg konsequent für eine Soziale Marktwirtschaft eintrat und später als Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft deren konkrete Ausformung entscheidend mitgestaltete. Müller-Armack, der auch den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ prägte, brachte den Kerngedanken dieser Wirtschaftsordnung auf die griffige Formel, daß es hier darum geht, „auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die marktwirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden“²⁸.

Was die „Wettbewerbswirtschaft“ anbelangt, so folgte die Soziale Marktwirtschaft – zumindest in den 1950er und 1960er Jahren – weitgehend den Freiburger Vorstellungen. Das bedeutet auch, daß die „freie Initiative“ regelgebunden ist und daß Privateigentum und Vertragsfreiheit der Anforderung untergeordnet sind, freien Marktzutritt zu ermöglichen. Der „Wettbewerbswirtschaft“ dienen auch Organisationen mit politischer Gestaltungsmacht. Das Deutsche Kartellamt und die unabhängige Zentralbank (Deutsche Bundesbank) wurden wichtige Pfeiler der Sozialen Marktwirtschaft, die auch später die entsprechenden Institutionen in Europa mitformten.

Den wesentlichen Beitrag zum „sozialen Fortschritt“ erwarteten Erhard wie Eucken zunächst von wettbewerblich strukturierten offenen und deshalb dynamisch wachsenden Märkten. Die „soziale Frage“ findet ihre erste und entscheidende Antwort in der Wettbewerbsordnung – also nicht *gegen* oder *für* den Markt, sondern *mit* dem Markt.²⁹ Sozialpolitik ist somit weder Korrekturbetrieb noch schlichtes Anhängsel der Sozialen Marktwirtschaft, sondern ein gleichwertiger und integraler Bestandteil des Konzepts. Es geht nicht um punktuelle Interventionen in den Markt „aus sozialen Gründen“, sondern vor

spielte dabei sicherlich auch Erich Welter, der 1949 die Frankfurter Allgemeine Zeitung mitbegründete. Welter kannte Eucken bereits aus gemeinsamer Zeit in Berlin.

²⁵ Er hat aber möglicherweise bereits 1944 das Buch „Gesellschaftskrisis der Gegenwart“ von Wilhelm Röpke, der ihm später Ratgeber und auch Mahner war, gelesen; siehe Commun (2004).

²⁶ Erhard (1961/1988: 696).

²⁷ Hentschel (1996: 64).

²⁸ Müller-Armack (1956/1976: 245).

²⁹ Vgl. Blümle und Goldschmidt (2004).

allem um den privilegienfreien Zugang zum Markt – erst dann kann von „freier Initiative“ auch „sozialer Fortschritt“ erwartet werden.³⁰

Bei der Ausgestaltung der Sozialpolitik bietet das Prinzip der „Marktkonformität“ prinzipielle Orientierung.³¹ Müller-Armack bringt auch diese Grundidee auf den Punkt: Politische Lenkungsmaßnahmen sollen „den sozialen Zweck sichern, ohne störend in die Marktapparatur einzugreifen“³². Zentrales Element der „Marktapparatur“ ist bei allen Vertretern der Freiburger Tradition ein funktionierendes Preissystem. Preise informieren über geänderte Knappheiten und Präferenzen; sie kontrollieren (als Gewinn- und Verlustmeldungen) die Macht der Akteure und lenken knappe Ressourcen in effizientere Verwendungen. Wirtschaftspolitische Maßnahmen, die ihre Ziele dadurch zu verwirklichen suchen, daß sie den Preismechanismus manipulieren, zerstören genau diese sozial wichtigen Funktionen des Marktes und führen zu Vermachtung.

Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft waren sich noch einig darin, daß die Elemente der Sozialpolitik – gerade in bezug auf die soziale Sicherung – immer dem Prinzip der Subsidiarität (d.h. des Vorrangs privater Vorsorge und selbstverwalteter Körperschaften vor zentralstaatlichen Maßnahmen) verpflichtet sein müssen. Aber insbesondere der Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums seit den 1970er Jahren und der damit verbundene Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie der wachsende Einfluß anderer wirtschaftspolitischer Leitbilder haben zu einer veränderten Wahrnehmung der Sozialpolitik geführt. Mit der Zunahme wirtschaftlicher Unsicherheit wuchs das Verlangen nach stärkerer sozialer Absicherung. Galt dabei der Sozialstaat zunächst als Ergänzung, wurde er später immer mehr zum Gegenspieler der Wettbewerbsordnung. Erst die anhaltende wirtschaftliche Stagnation und die immer offensichtlichere Krise der sozialen Sicherungssysteme seit den 1980er Jahren und vor allem nach der deutschen Wiedervereinigung zeigten die Grenzen eines solchen Wohlfahrtsstaates an. Zwar hat in Bezug auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik mittlerweile auch in der Politik ein gewisses Umdenken stattgefunden, ob dabei aber die Einsicht in eine notwendige Rückkehr zu den Grundideen der Freiburger Tradition Pate stand, oder doch eher die Finanzierungszwänge der sozialen Sicherungssysteme, darüber ließe sich trefflich diskutieren. Die Frage nach der „Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft“ als einer tatsächlich noch politisch handlungsleitenden Konzeption wird zumindest seitens der Vertreter einer privilegienfreien und nachhaltigen Ordnungspolitik zunehmend skeptisch beurteilt.³³

³⁰ Siehe hierzu Goldschmidt (2007).

³¹ Diese Idee findet sich bereits bei Röpke (1936/1943: 191) und (1942: 252 ff.).

³² Müller-Armack (1956/1976: 246).

³³ Dies bezeugen jüngere Sammelbände zu diesem Thema, etwa Wenig (Hg.) (2000), Goldschmidt und Wohlgemuth (Hg.) (2004), Leipold und Wentzel (Hg.) (2005) sowie Berg-hahn und Vitols (Hg.) (2006).

4. Die Freiburger Tradition

Hans Großmann-Doerth fiel 1944, Franz Böhm wechselte 1945 nach Frankfurt a.M.³⁴, und Walter Eucken starb 1950. Die Ideen der Gründungsväter des Ordoliberalismus werden aber bis heute weiter gepflegt und entwickelt, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, an verschiedenen Orten und in unterschiedlichen Richtungen. Auch und vor allem Euckens Witwe Edith Eucken-Erdsiek hat sich zeitlebens für das Vermächtnis ihres Mannes engagiert, u.a. mit ihrer Initiative zur Gründung des Walter Eucken Instituts im Jahr 1954. Euckens Schüler, die in den 1950er und 1960er Jahren vielfach selbst Lehrstühle in und außerhalb Deutschlands übernahmen, haben das Erbe der Freiburger Schule mit eigenen Schwerpunkten fortgeführt und sich bis heute engagiert an den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatten beteiligt.

Das ordoliberalere Forschungsprogramm erhält mit der Berufung von Friedrich A. von Hayek 1962 nach Freiburg entscheidende neue Impulse.³⁵ Zwar standen Eucken und andere Ordoliberale schon seit den späten 1920er Jahren mit Hayek in Kontakt, der sich nach dem Krieg auch durch die Zusammenarbeit in der Mont Pèlerin Society intensiviert; jedoch entwickelte Hayek in London und später in den USA betont eigenständige ordnungspolitische und ordnungstheoretische Ideen. Seine Ankunft in Freiburg hat so zu einer kreativen Herausforderung der Freiburger Tradition beigetragen, wie sich beispielsweise an Hayeks Konzept der „spontanen Ordnung“ und seiner Betonung des Wissensproblems ablesen läßt.³⁶ Die Freiburger Tradition und die evolutionäre Sozialphilosophie Hayeks erweisen sich aber in den meisten Fällen als durchaus komplementär, und konnten, gerade auch von Hayeks Nachfolgern in der Freiburger Lehrstuhltradition, in kreativen Symbiosen weiterentwickelt werden. So können Erich Hoppmann, Manfred E. Streit und Viktor J. Vanberg wohl mit guten Gründen als „Hayekianer“ bezeichnet werden. Gleichzeitig aber haben sie jeweils bedeutende eigene Weiterentwicklungen Hayekscher Ideen hervorgebracht, die zur älteren „Freiburger Tradition“ vielfältige Bezüge aufweisen.

Hoppmann etwa hat mit seinen Arbeiten die wettbewerbstheoretische und -politische Debatte der 1970er Jahre entscheidend mitgeprägt, indem er gängigen ergebnisorientierten neoklassischen Konzepten ein Ordnungskonzept entgegengesetzte, das die Hayeksche Wettbewerbstheorie ganz im Sinne der Frei-

³⁴ Franz Böhm hat sich immer wieder auch um eine aktive Vermittlung der Ideen der Freiburger Schule in die Wirtschaftspolitik hinein bemüht. Als Bundestagsabgeordneter war er u.a. maßgeblich an der Umsetzung eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), als Grundgesetz einer Wettbewerbsordnung, beteiligt. Das GWB, wie es dann 1957 beschlossen wurde, trägt in weiten Teilen seine Handschrift, auch wenn sich in einigen Teilen der „Freiburger Imperativ“ nicht hat umsetzen lassen; vgl. hierzu Möschel (1992: 64 f.).

³⁵ Zur Abfolge der Freiburger Lehrstühle siehe „Wirtschaftswissenschaftliche Institute“, in: *Festschrift 550 Jahre Albert-Ludwigs-Universität Freiburg*. Band 5: Institute und Seminare, Freiburg: Alber, S. 106–119.

³⁶ Vgl. hierzu Streit und Wohlgemuth (2000).

burger Schule auch wettbewerbspolitisch und -rechtlich konkreter interpretierbar machte. Manfred E. Streit wiederum setzte sich mit dem umfangreichen Forschungsprogramm von Hayek, aber auch mit denen von Eucken und Böhm in vielfältiger, auch sozialphilosophischer, Weise auseinander. Streit zeigte zudem, wie moderne Ansätze etwa der Transaktionskostentheorie, evolutiv-ökonomischen Ökonomik oder ökonomischen Theorie der Politik, für eine Erneuerung und Bereicherung der Ordnungsökonomik eingesetzt werden können. Viktor J. Vanberg schließlich brachte aus den USA (wo er u.a. gemeinsam mit James M. Buchanan forschte und lehrte) vor allem aktuelle Ansätze der Verfassungsökonomik („Constitutional Political Economy“) nach Freiburg. Hiermit konnten auch normative Begründungen des „Freiburger Imperativs“ präzisiert werden, die sich in der Freiburger Tradition noch nicht in einer vergleichbaren Klarheit und Systematik finden ließen.

Gerade mit den Veröffentlichungen Vanbergs beginnt auch in der englischlesenden „scientific community“ die Aufmerksamkeit für die Freiburger Tradition zu steigen. Vieles vom dem, was heute etwa als Neue Institutionenökonomik („New Institutional Economics“) zunehmend wissenschaftliche Anerkennung erhält, ist in mancherlei Hinsicht wenig anderes als die (unbewußte) Wiederentdeckung eines Forschungsprogramms, das in Freiburg bereits in den 1930er Jahren grundgelegt wurde.

Die nachfolgende Graphik will die verschiedenen Strömungen innerhalb der Ordnungsökonomik nochmals entfalten und zugleich verdeutlichen, daß die Freiburger Tradition – wie jede andere Richtung in den Wirtschaftswissenschaften – nicht einen monolithischen Block darstellt, sondern eingebunden ist in die verschiedenen Stränge ökonomischen Denkens, von denen bis heute Anregungen erhält und denen sie selbst wieder Impulse für Weiterentwicklungen gibt.³⁷

³⁷ Für eine erste Einführung in die Freiburger Tradition siehe z.B. Blümle und Goldschmidt (2003) und Vanberg (1998). Zu Einflüssen auf die Freiburger siehe seitens der Historischen Schulen Peukert (2000) und Goldschmidt (2002: Kap. 5), der Österreichischen Schule, der „Austrians“ und Hayeks Wohlgemuth (2006), der Institutionenökonomik Erlei, Leschke und Sauerland (2007: 26 ff.) und der Verfassungsökonomik Vanberg (1988). Zu den Beziehungen der Freiburger zu Vertretern des Soziologischen Liberalismus siehe Renner (2002: Kap. 2) und Zweynert (2007), der Sozialen Marktwirtschaft Klump (1997) und zur Katholischen Soziallehre Rauscher (1985) sowie Goldschmidt und Nothelle-Wildfeuer (Hg.) (2008).

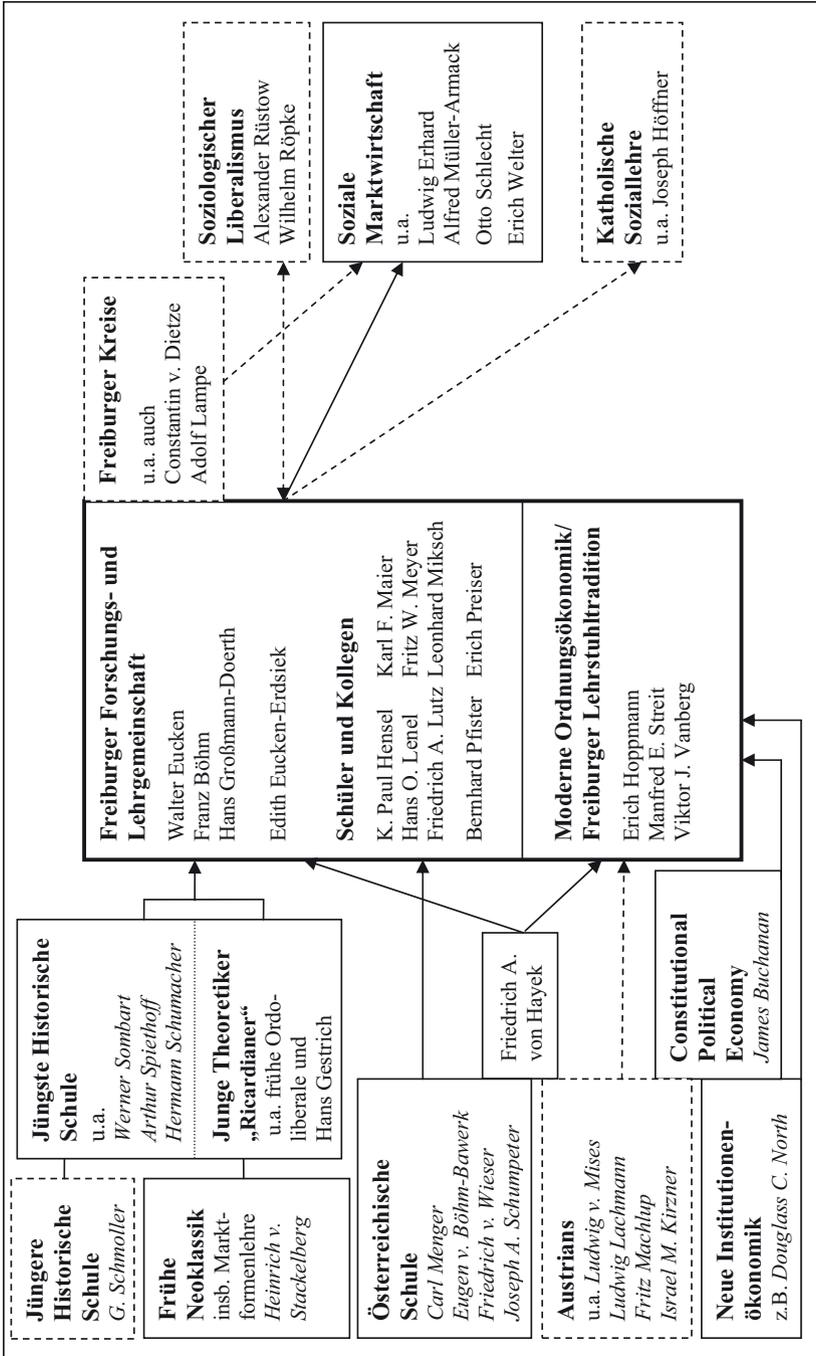


Abb. 1: Die Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik im Kontext des ökonomischen Denkens

Erläuterungen:

Die Pfeile geben die Richtung der Beeinflussung an. Gestrichelte Linien und Kästchen verweisen auf einen schwächeren Einfluß auf die bzw. seitens der Freiburger Tradition. In Normalschrift sind die Personen aufgeführt, die in diesem Band mit einem eigenen Text vertreten sind.

Jüngere Historische Schule: Zwar grenzten sich Eucken und die anderen Vertreter der Freiburger Schule ausdrücklich von Schmoller und dem Historismus ab, aus heutiger Sicht ergeben sich aber auch Parallelen, insbesondere in der Hinwendung zu den tatsächlichen Wirtschaftsabläufen.

Jüngste Historische Schule: Nach dem Tod Schmollers 1917 wurde in der deutschsprachigen Nationalökonomie lebhaft eine Weiterentwicklung und Neuausrichtung der Wirtschaftswissenschaften diskutiert, wobei Werner Sombart und Arthur Spiethoff die Diskussion prägten, in die auch der Lehrer Euckens, Hermann Schumacher, eingebunden war. Die frühe Freiburger Tradition ist dogmenhistorisch in diesem Umfeld zu verorten. Eine besondere Beachtung kommt innerhalb der jüngsten Historischen Schule den sogenannten *Ricardianern* zu, eine Gruppe junger Theoretiker, die den Anschluß an die fortentwickelte klassische Theorie suchten. Zu dieser Gruppe gehörten neben Walter Eucken, Wilhelm Röpké, Alexander Rüstow und Hans Gestrinch auch Vertreter anderer ökonomischer und politischer Richtungen.

Frühe Neoklassik: Die Weiterentwicklungen der klassischen Theorie hin zur Neoklassik wurden zum Teil auch von der Freiburger Schule rezipiert. Besonderen Einfluß hatte v. Stackelbergs Marktformenschema, das von Eucken aufgegriffen und modifiziert wurde. Auch Entwicklungen der neo-klassischen Preis- und Kostentheorie werden übernommen.

Österreichische Schule: Die herausgehobene Rolle, die Carl Menger und seinen Schülern in den Diskussionen um eine theoretische Neuausrichtung der Ökonomie in den 1920er und 1930er Jahren zukam, wirkte auch auf die Freiburger Schule, insbesondere in der Kapitaltheorie. In den methodologischen Fragen grenzten sich die Freiburger von der Mengerschen Position als zu einseitig ab. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren die breit angelegten Arbeiten von Joseph A. Schumpeter, der auch zur jüngsten Historischen Schule gezählt werden könnte, für die gesamte deutschsprachige Debatte wesentlich; später wirkte er auch auf die Entstehung der „Austrians“ in den USA.

Austrians: Initiiert von österreichischen Emigranten entwickelte sich in den Vereinigten Staaten eine eigenständige Tradition, die sich durch die Betonung des methodologischen Individualismus und Subjektivismus auszeichnet. Ludwig v. Mises stand über die Mont Pelerin Society auch mit den Freiburgern und anderen Ordoliberalen in Kontakt. Die mittlerweile stark aufgediehene Strömung wirkte und wirkt vor allem auf die Freiburger Lehrstuhltradition. So spielt etwa der „findige Unternehmer“ Kirzners bei Erich Hoppmann eine wichtige Rolle.

Friedrich A. von Hayek: Hayek kommt in diesem Schema eine herausgehobene Bedeutung zu. Aufgrund gemeinsamer Arbeitsgebiete bestand seit den 1920er Jahren ein Kontakt zwischen Hayek und den Ordoliberalen, der sich nach dem Krieg fortsetzte. Hayek, seit 1962 selbst Teil der Freiburger Lehrstuhltradition, beeinflusste die heutige Ordnungsökonomik in wesentlichen Zügen. Darüber hinaus wirkte Hayek als „Österreicher“ bedeutsam auf die Austrians und wird überdies auch in der Neuen Institutionenökonomik und in der Verfassungsökonomik aufgegriffen.

Neue Institutionenökonomik: Die Neue Institutionenökonomik entwickelte sich in den 1960er Jahren vor allem im amerikanischen Sprachraum. Man griff hierbei einerseits Ideen des älteren Institutionalismus (u.a. Thorstein Veblen und John R. Commons) auf und verband sie andererseits mit einer kritischen Rezeption der Neoklassik. In der Berücksichtigung von institutionellen Arrangements als Einflußgrößen wirtschaftlichen Handelns ergeben sich substantielle Parallelen auch zum Freiburger Programm.

Constitutional Political Economy: Die von James M. Buchanan begründete Verfassungsökonomik betont analog zu den Freiburgern die Notwendigkeit der bewußten Regelgestaltung. Dieses Forschungsprogramm wird von Viktor J. Vanberg in die Freiburger Tradition eingebracht.

Freiburger Tradition: Entsprechend der Einteilung in diesem Band kann man zwischen der ursprünglichen Freiburger Schule und einer Freiburger Lehrstuhltradition unterscheiden, die sich in der Nachfolge Hayeks als Vertreter einer modernen Ordnungsökonomik sieht. Zur ersten Gruppe gehören neben den Begründern dieser Schule vor allem auch Schüler und Weggefährten Euckens. Eine gewisse Sonderrolle nehmen Edith Eucken-Erdsiek, Bernhard Pfister und Erich Preiser ein. Eucken-Erdsiek wirkte mit ihren eigenen Überlegungen auf das Werk ihres Mannes ein und war darüber hinaus selbständig publizistisch tätig. Bernhard Pfister beschäftigte sich – für die frühen Freiburger eher ungewöhnlich – auch ausführlich mit Fragen der Sozialpolitik. Erich Preiser vertritt in seinen Arbeiten zwar keine ausgesprochene ordoliberalen Position, gleichwohl schätzte Eucken das wissenschaftliche Werk seines Freundes sehr, auch aufgrund ihrer Zusammenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft Erwin v. Beckerath während des Zweiten Weltkriegs.

Freiburger Kreise: In den u.a. auf die Initiative der beiden Freiburger Ökonomen Constantin v. Dietze und Adolf Lampe, beides keine engeren Mitglieder der Freiburger Schule, zurückgehenden oppositionellen Freiburger Kreisen spielten Fragen der Wirtschaftspolitik und insbesondere Überlegungen für eine Nachkriegsordnung eine wichtige Rolle. Vor allem das von Eucken, v. Dietze und Lampe 1942 entworfene Dokument „Wirtschafts- und Sozialordnung“ liest sich in weiten Teilen wie ein frühes Manifest zur Sozialen Marktwirtschaft.

Soziologischer Liberalismus: Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow entwickelten in 1930er Jahren eigene Konzepte zur Erneuerung des Liberalismus, die aber in vielen Punkten mit der Freiburger Tradition übereinstimmen. Enge freundschaftliche Verbindungen gab es nicht nur zu den Freiburgern, sondern auch zu Erhard und Hayek. Da Röpke und Rüstow stärker auch Fragen der gesellschaftspolitischen Neuausrichtung thematisierten, ist es gerechtfertigt, sie einem „soziologischem Liberalismus“ zuzuordnen.

Soziale Marktwirtschaft: Sowohl Erhard als auch Müller-Armack betonten in ihren Konzepten die Verbundenheit zur Freiburger Tradition. Otto Schlecht, der u.a. bei Eucken und Miksch in Freiburg studierte, prägte als Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium über Jahrzehnte die deutsche Wirtschaftspolitik. Erich Welter stärkte als Publizist den ordoliberalen Einfluß in der Öffentlichkeit.

Katholische Soziallehre: Obwohl das Verhältnis zwischen Ordoliberalismus und Katholischer Soziallehre lange Zeit nicht ohne Spannungen war, finden sich signifikante Übereinstimmungen. Besonders Verdienst, diese Parallelen sichtbar gemacht zu haben, kommt dabei dem Sozialethiker und Bischof Joseph Höffner zu, der in Freiburg bei Walter Eucken in Nationalökonomie promoviert wurde.

5. Zehn Grundaussagen der Freiburger Ordnungsökonomik

Es versteht sich für eine lebendige Forschungstradition von selbst, daß sie kein endgültig abgeschlossenes und unveränderliches Lehrgebäude dogmatisch verteidigt. Dennoch gibt es Grundthemen und -aussagen, die bereits in den 1930er Jahren in Freiburg formuliert wurden und noch heute innerhalb der Freiburger Denktradition, wenn auch nicht in allen Implikationen unverändert, als zentrale Leitideen wirken. Die folgenden zehn Grundaussagen geben einen *allgemeinen Grundriß* dessen ab, was aus unserer Sicht als „Freiburger Denkstil“ gelten kann.

1. Im Mittelpunkt der Ordnungsökonomik stehen die Analyse der gesellschaftlichen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Ordnung und Vorschläge zu deren Gestaltung.
2. Die Gestaltung der wirtschaftlichen Ordnung ist als Gegensatz zu politischen Interventionen in den Markt zu verstehen: Ziel der Ordnungsökonomik ist die Bildung und Durchsetzung allgemeiner „Spielregeln“, nicht der Eingriff in den Spielverlauf.
3. Vordringlichste Aufgabe der Spielregeln einer Wirtschaftsverfassung ist der Schutz offener Märkte in einer Wettbewerbsordnung. In diesem Sinne ist der Wettbewerb eine „staatliche Veranstaltung“, da er seine Voraussetzungen nicht selbst schaffen und garantieren kann.
4. Der Dynamik gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen wird am besten dadurch Rechnung getragen, daß „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ (Friedrich A. von Hayek) verstanden wird. Die Ordnung der Wirtschaft und deren Regeln sollten also durch eine weitgehende Offenheit und Allgemeinheit gekennzeichnet sein, die Raum für individuelle Entfaltungs- und Lösungsmöglichkeiten läßt.
5. Maßstab für die „Güte“ einer wirtschaftlichen Ordnung sind die Vorstellungen und Präferenzen der Mitglieder einer Gesellschaft. Die Regeln des Wettbewerbs sind an diesen gemeinsamen Interessen der Individuen auszurichten.
6. Folglich geht es im Unterschied zur Politik eines „laissez-faire“ nicht um das freie Spiel der Marktkräfte *per se*, sondern um die Gestaltung der Regeln für den Wettbewerb im Sinne der Konsumenten. In diesem Verständnis ist Wettbewerb ein *Mittel* zur Gestaltung sozialer, d.h. gesellschaftlicher *Zwecke*.
7. Jede spezifische Wirtschaftspolitik ist Teil einer umfassenden Ordnungspolitik. Anstelle eines fallweisen „Ausbalancierens“ wirtschaftlicher und sonstiger gesellschaftlicher Ziele geht es um eine integrative Verknüpfung auf der Ebene der Wirtschaftsverfassung. Die Ausgestaltung der Wettbewerbsordnung soll und kann damit auch etwa Ziele der Sozialpolitik, des

Umweltschutzes, oder der Generationengerechtigkeit unter der Maßgabe der Wettbewerbskonformität in einer allgemeinen ordnungspolitischen Konzeption zusammenführen.

8. Grundlegendes Kriterium zur Sicherung einer freiheitlichen Wettbewerbsordnung ist die konsequente Zurückdrängung von Privilegiensuche einzelner Gruppen und Sonderinteressen. Die Verhinderung wirtschaftlicher Machtpositionen, wie sie in Monopolen und Kartellen zum Ausdruck kommt, ist ein konstitutives Merkmal ordnungsökonomischen Denkens. Es soll „Leistungswettbewerb“ gewährleistet werden, der den Akteuren gerade dann Erfolg verspricht, wenn sie ihr Wissen und ihre Fähigkeiten zugunsten der Bedürfnisse anderer bestmöglich nutzen.
9. Neben der Ordnung der Wirtschaft bedarf es auch einer funktionsfähigen und freiheitsschützenden Ordnung des politischen Systems. Moderne Ordnungsökonomik muß sich deshalb auch mit den Ordnungsprinzipien und Prozessen für einen politischen Leistungswettbewerb beschäftigen, der gerade diejenigen kollektiven Entscheidungen prämiiert, die den gemeinsamen Bürgerinteressen entsprechen.
10. Ordnungsökonomik ist somit letztlich ein interdisziplinäres, sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm, das auch im sozialetischen Diskurs Position beziehen kann. Wirtschaftliche Fragen sind Teilfragen des gesamten gesellschaftlichen Lebens, eingebettet in die jeweiligen institutionellen und kulturellen Gegebenheiten. Eine erfolversprechende Gestaltung und Ordnung der Wirtschaft muß diesen umfassenden Bedingungen Rechnung tragen.

Literatur

- BERGHahn, VOLKER R. und SIGURT VITOLS (Hg.) (2006). *Gibt es einen deutschen Kapitalismus? Tradition und globale Perspektiven der sozialen Marktwirtschaft*, Frankfurt a.M.: Campus.
- BLÜMLE, GEROLD und NILS GOLDSCHMIDT (2003). Walter Eucken und das ordoliberalere Programm, *WISU – Das Wirtschaftsstudium* 32, S. 1539–1543.
- BLÜMLE, GEROLD und NILS GOLDSCHMIDT (2004). Sozialpolitik mit dem Markt. Sozialstaatliche Begründung und wirtschaftliche Ordnung, *Die Neue Ordnung* 58, S. 180–193.
- BÖHM, FRANZ (1933). *Wettbewerb und Monopolkampf. Eine Untersuchung zur Frage des wirtschaftlichen Kampfrechts und zur Frage der rechtlichen Struktur der geltenden Wirtschaftsordnung*, Berlin: Heymanns.
- BÖHM, FRANZ (1937). *Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung* (= Die Ordnung der Wirtschaft, Heft 1), Stuttgart, Berlin: Kohlhammer.
- BÖHM, FRANZ (1957). Die Forschungs- und Lehrgemeinschaft zwischen Juristen und Volkswirten an der Universität Freiburg in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts. (Das Recht der Ordnung der Wirtschaft), in: Hans Julius Wolff (Hg.). *Aus der Ge-*

- schichte der Rechts- und Staatswissenschaften zu Freiburg i. Br.*, Freiburg: Albert, S. 95–113.
- BÖHM, FRANZ, WALTER EUCKEN und HANS GROßMANN-DOERTH (1937). Unsere Aufgabe. Vorwort der Herausgeber zu: Friedrich A. Lutz. *Das Grundproblem der Geldverfassung* (= Ordnung der Wirtschaft, Heft 2), Stuttgart, Berlin: Kohlhammer 1936, S. VII–XXI.
- COMMUN, PATRICIA (2004). *Erhards Bekehrung zum Ordoliberalismus: Die grundlegende Bedeutung des wirtschaftspolitischen Diskurses in Umbruchszeiten*, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik 04/4.
- ERLEI, MATHIAS, MARTIN LESCHKE und DIRK SAUERLAND (2007). *Neue Institutionenökonomik*, 2. Aufl., Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- EUCKEN, WALTER (1932). Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, *Weltwirtschaftliches Archiv* 36, S. 297–323.
- EUCKEN, WALTER (1940/1989). *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, Jena: Fischer; 9. Aufl., Berlin u.a.: Springer.
- EUCKEN, WALTER (1952/2004). *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*. Herausgegeben von Edith Eucken und K. Paul Hensel, 7. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck.
- GOLDSCHMIDT, NILS (2002). *Entstehung und Vermächtnis ordoliberalen Denkens. Walter Eucken und die Notwendigkeit einer kulturellen Ökonomik*, Münster: Lit.
- GOLDSCHMIDT, NILS (2005). Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Das gleichnamige Buch von Ralf Ptak kritisch betrachtet, *ORDO* 56, S. 319–324.
- GOLDSCHMIDT, NILS (2006). Ein »sozial temperierter Kapitalismus«? Götz Briefs und die Begründung einer sozialetisch fundierten Theorie von Markt und Gesellschaft, *Freiburger Universitätsblätter* 42, Heft 173, S. 59–77.
- GOLDSCHMIDT, NILS (2007). *Der Streit um das Soziale in der Marktwirtschaft* (= Kirche und Gesellschaft, Nr. 344), Köln: Bachem.
- GOLDSCHMIDT, NILS (Hg.) (2005). *Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand*, Tübingen: Mohr Siebeck.
- GOLDSCHMIDT, NILS und MICHAEL WOHLGEMUTH (Hg.) (2004). *Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. Sozialetische und ordnungsökonomische Grundlagen*, Tübingen: Mohr Siebeck.
- GOLDSCHMIDT, NILS und URSULA NOTHELLE-WILDFEUER (Hg.) (2008). *Christliche Gesellschaftslehre und Freiburger Schule. Zur Aktualität des Denkens von Joseph Kardinal Höffner*, Tübingen: Mohr Siebeck.
- HASELBACH, DIETER (1991). *Autoritärer Liberalismus und Soziale Marktwirtschaft. Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus*, Baden-Baden: Nomos.
- HENTSCHEL, VOLKER (1996). *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, München, Landsberg am Lech: Olzog.
- JANSEN, HAUKE (2000). *Nationalökonomie und Nationalsozialismus. Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren*, 2. Aufl., Marburg: Metropolis.
- KLUMP, RAINER (1997): Wege zur Sozialen Marktwirtschaft – Die Entwicklung ordnungspolitischer Konzeptionen in Deutschland vor der Währungsreform, in: Erich W. Streißler (Hg.). *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XVI: Die Umsetzung wirtschaftspolitischer Grundkonzeptionen in die kontinentaleuropäische Praxis des 19. und 20. Jahrhunderts*, Berlin: Duncker & Humblot, S. 129–160.
- LEIPOLD, HELMUT und DIRK WENZEL (Hg.) (2005). *Ordnungsökonomik als aktuelle Herausforderung*, Stuttgart: Lucius & Lucius.
- MÖSCHEL, WERNHARD (1992). Wettbewerbspolitik vor neuen Herausforderungen, in: *Ordnung in Freiheit*. Symposium aus Anlaß des 100. Jahrestages des Geburtstages von Walter Eucken am 17. Januar 1991, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 61–78.

- MÜLLER-ARMACK, ALFRED (1956/1976). Soziale Marktwirtschaft, wiederabgedruckt in: Ders. *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*, 2. Aufl., Bern, Stuttgart: Haupt, S. 243–249.
- PEUKERT, HELGE (2000). Walter Eucken (1891-1950) and the Historical School, in: Peter Koslowski (ed.). *The Theory of Capitalism in the German Economic Tradition. Historicism, Ordo-Liberalism, Critical Theory, Solidarity*, Berlin u.a.: Springer, S. 93–145.
- PTAK, RALF (2004). *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland*, Opladen: Leske und Buderich.
- RAUSCHER, ANTON (1985). Katholische Soziallehre und liberale Wirtschaftsauffassung, in: Anton Rauscher (Hg.). *Selbstinteresse und Gemeinwohl. Beiträge zur Ordnung der Wirtschaftsgesellschaft*, Berlin: Duncker & Humblot, S. 279–318.
- RENNER, ANDREAS (2002). *Jenseits von Kommunitarismus und Neoliberalismus. Eine Neuinterpretation der Sozialen Marktwirtschaft*, Graftschaff: Vektor.
- RIEDL, ANTON (1992). *Liberale Publizistik für Soziale Marktwirtschaft. Die Unterstützung der Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und in der Neuen Zürcher Zeitung 1948/49 bis 1957*, Regensburg: Roderer.
- RÖPKE, WILHELM (1923/1959). Wirtschaftlicher Liberalismus und Staatsgedanke, in: Ders. *Gegen die Brandung. Zeugnisse eines Gelehrtenlebens unserer Zeit*, Erlenbach-Zürich: Rentsch, S. 42–46.
- RÖPKE, WILHELM (1936/1943). *Die Lehre von der Wirtschaft*, 2., unveränderte Aufl., Erlenbach-Zürich: Rentsch.
- RÖPKE, WILHELM (1942). *Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart*, 2., Erlenbach-Zürich: Rentsch.
- RÖPKE, WILHELM (1950). *Maß und Mitte*, Erlenbach-Zürich: Rentsch.
- RÜSTOW, ALEXANDER (1932/1963). Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftspolitischen Liberalismus, in: Ders. *Rede und Antwort*, Ludwigsburg: Hoch, S. 249–258.
- STREIT, MANFRED E. (1997). „Ordnungsökonomik“, in: *Gabler Wirtschaftslexikon*, 14. Aufl., Wiesbaden: Gabler, S. 2870–2891.
- STREIT, MANFRED E. und MICHAEL WOHLGEMUTH (2000). Walter Eucken und Friedrich A. von Hayek: Initiatoren der Ordnungsökonomik, in: Bernhard Külpe und Viktor Vanberg (Hg.). *Freiheit und wettbewerbliche Ordnung. Gedenkband zur Erinnerung an Walter Eucken*, Freiburg, Berlin, München: Haufe, S. 461–498.
- VANBERG, VIKTOR J. (1988). „Ordnungstheorie“ as Constitutional Economics – The German Conception of a „Social Market Economy“, *ORDO* 39, S. 17–31.
- VANBERG, VIKTOR J. (1998). „Freiburg School of Law and Economics“, in: Peter Newman (ed.). *The New Palgrave Dictionary of Economics and the Law*. Vol. 2, London: Macmillan, S. 172–179.
- VANBERG, VIKTOR J. (2007). Privatrechtsgesellschaft und ökonomische Theorie, in: Karl Riesenhuber (Hg.). *Privatrechtsgesellschaft. Entwicklung, Stand und Verfassung des Privatrechts*, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 131–162.
- WENIG, ALOIS (Hg.) (2000). *Globalisierung und die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft*, Berlin: Duncker & Humblot.
- WOHLGEMUTH, MICHAEL (2006). The influence of Austrian economics on German liberalism, in: Friedrich August von Hayek Institut (Hg.). *Internationale Experten zur Österreichischen Schule der Nationalökonomie*, Wien: The International Library of Austrian Economics, S. 194–225.
- ZWEYNERT, JOACHIM (2007). *Die Entstehung ordnungsökonomischer Paradigmen – theoretisch-geschichtliche Betrachtungen*, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik 07/8.

Das Freiburger Programm

Franz Böhm, Walter Eucken und Hans Großmann-Doerth

Unsere Aufgabe

[1936]

Mit einer Einführung von

Nils Goldschmidt und Michael Wohlgemuth

Unsere Aufgabe

Die Klagen darüber, daß Rechtswissenschaft und Nationalökonomie hinter den Ereignissen herhinken, daß sie nicht gestalten helfen, daß sie keine geistigen Mächte mehr seien, sind heute überaus verbreitet. Eine solche Kritik nicht beachten, heißt den Ernst der Lage gründlich verkennen. Denn es ist wahr, daß in Deutschland beide Wissenschaften die grundsätzlichen Entscheidungen rechts- und wirtschaftspolitischer Art nicht mehr wesentlich beeinflussen. Wer behauptet, das sei immer so gewesen, irrt. Rechtswissenschaft und Nationalökonomie waren gestaltende Mächte, welche z. B. den Neubau der Rechts- und Wirtschaftsordnung, wie er sich seit Ende des 18. Jahrhunderts in allen Kulturstaaten vollzog, stark beeinflussten. Erst im Verlauf des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts haben sie ihre Führerrolle im öffentlichen Leben allmählich verloren.

Die Folgen dieser Entthronung beider Wissenschaften waren — darüber kann kein Zweifel mehr sein — außerordentlich schädlich. Die Männer der Wissenschaft sind durch ihren Beruf und ihre Position außerhalb der wirtschaftlichen Interessen die einzigen objektiven, unabhängigen Ratgeber, die der staatlichen Wirtschaftspolitik und der öffentlichen Meinung einen zutreffenden Einblick in die schwierigen Zusammenhänge des Wirtschaftslebens geben und damit die Grundlage für die wirtschaftspolitische Urteilsbildung liefern können. Sie sind auch die einzigen, welche auf Grund einer genauen Kenntnis dieser Zusammenhänge, die durch dauernd neue theoretische Durchdringung sich ständig erweitert und verfeinert, sich ein sachliches, von eigenen unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen unabhängiges Urteil über zweckmäßige wirtschaftliche Maßnahmen bilden und solche in Vorschlag bringen können.

Unsere Aufgabe (1936)